



Amtliche Bekanntmachungen  
der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg  
2/2025 (5. Februar 2025)

---

**Siebte Änderung der Zulassungs- und Immatrikulationsordnung der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg**

vom 5. Februar 2025

Aufgrund von § 8 Abs. 5 in Verbindung mit § 63 Abs. 2 des Landeshochschulgesetzes (LHG) vom 1. Januar 2005 (GBl. S. 1) in der aktuellen Fassung, hat der Senat der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg gemäß § 19 Abs. 1 Satz 2 Ziff. 10 am 30.01.2025 die nachfolgende Änderungssatzung beschlossen:

**Artikel 1**

**Änderungen der Zulassungs- und Immatrikulationsordnung der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg**

1. § 2 Abs. 5 wird gestrichen.
2. Nach § 2 wird folgender Paragraph 2a neu eingefügt:

**„§ 2a Kommunikation/ E-Mail-Nutzungspflicht**

- (1) Die Übermittlung der Daten zwischen der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg und Bewerbenden, Studierenden sowie Promovierenden erfolgt in der Regel auf elektronischem Wege (elektronische Kommunikation). Dies betrifft insbesondere Mitteilungen und Entscheidungen im Zusammenhang mit der Zulassung, Immatrikulation, Rückmeldung, Beurlaubung und Exmatrikulation, die Informationen über wichtige Daten, Fakten, und Ereignisse sowie die Bekanntgabe von Verwaltungsakten (Bescheiden).
- (2) Zu diesem Zweck wird für Bewerbende, Studierende sowie Promovierende ein Benutzerkonto im Studierendenportal der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg eingerichtet. Für die Dauer der Immatrikulation an der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg erhalten Studierende und Promovierende eine individualisierte hochschulbezogene E-Mail-Adresse. Sie sind verpflichtet, das Benutzerkonto sowie die hochschuleigene E-Mail-Adresse (bzw. im Bewerbungsverfahren die angegebene E-Mail-Adresse) zu nutzen und regelmäßig abzufragen, da der auf das Studium bezogene Mailkontakt zwischen Lehrkörper und den Studierenden während des Studiums bis zur Exmatrikulation ausschließlich über die E-Mail-Adresse der Pädagogischen Hochschule erfolgt.
- (3) In Einzelfällen kann auf Antrag von der Nutzungspflicht befreit werden, wenn die Nutzung aus bestimmten Gründen unzumutbar ist.
- (4) Die Bekanntgabe von Bescheiden richtet sich nach den Vorschriften des § 41 a LHG und § 36 Hochschulzulassungsverordnung.

**Artikel 2**

**Inkrafttreten**

1. Diese Änderungssatzung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Ludwigsburg, den 5. Februar 2025

Prof. Dr. Jörg-U. Keßler  
Rektor